Nr. 19 XXVIII. Jahrgang — Mittwoch, 21. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13529, 13638, 13897, 17108. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis: Grundzeile 25 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 2.—, Reklamezeile, 91 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 5.—. Bei Ziffern- oder Nachweis 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Bruttozeile 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einhaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreis: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.70, vierteljährlich M. 8.10. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Auslieferungsnote

WTB. Paris, 19. Januar. (Havas.) Der Generalsekretär der Friedenskonferenz hat am 16. Januar dem Gesandten der Niederlande folgendes Schreiben übergeben:

Paris, 16. Januar

Mit dem vorliegenden Schreiben an die königlich niederländische Regierung notifizieren die Mächte den Text von Artikel 227 (beiliegend beglaubigte Kopie) des am 10. Januar in Kraft getretenen Friedensvertrages mit Deutschland. Sie haben gleichzeitig mitzuteilen, daß sie beschlossen haben, unverzüglich die Verfügungen dieses Artikels durchzuführen. Infolgedessen richten die Mächte das offizielle Ersuchen an die Regierung der Niederlande, ihnen den ehemaligen Deutschen Kaiser Wilhelm von Hohenzollern zur Aburteilung auszuliefern. Die in Deutschland wohnhaften Personen, gegen die die alliierten und assoziierten Mächte Anklage erheben, müssen ihnen gemäß Artikel 228 des Friedensvertrages unter den gleichen Bedingungen von der deutschen Regierung ausgeliefert werden. Die niederländische Regierung ist daran interessiert, daß die reiflich überlegten Verletzungen der internationalen Verträge und die systematische Mißachtung der heiligsten völkerrechtlichen Bestimmungen in bezug auf alle, einschließlich der höchststehenden Persönlichkeit, die durch den Friedensvertrag vorgesehene besondere Würdigung erhalten.

Die Mächte erinnern kurz an die unter so vielen Verbrechen erfolgte Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs, an das barbarische und unerbittliche System von Geiseln und Massendeportationen, an die Entfernung der jungen Mädchen aus Lille, die ihren Familien entrissen und ohne Schutz dem schlimmen Zusammenleben beider Geschlechter überliefert wurden, an die systematische Verwüstung ganzer Gegenden ohne militärische Notwendigkeit, an den uneingeschränkten U-Boots-Krieg und an das unmenschliche Im-Stiche-Lassen der Opfer auf hoher See sowie an die Taten gegen die Nichtkämpfenden, die von den deutschen Behörden als gegen die Kriegsgesetze verstoßend anerkannt wurden. Für alle diese Taten geht die Verantwortlichkeit, wenigstens die moralische, hinauf bis zu dem obersten Führer, der sie ermöglichte oder seine Befugnisse mißbraucht hat, um das heiligste Empfinden des menschlichen Gewissens zu verletzen oder verletzen zu lassen.

Die Mächte können es sich nicht vorstellen, daß die Regierung der Niederlande daran denken könnte, die von dem ehemaligen Deutschen Kaiser auf sich geladene schwere Verantwortung auf sich zu nehmen. Holland würde seine internationalen Pflichten nicht erfüllen, wenn es sich nicht den andern Mächten anschließen würde, um die begangenen Verbrechen zu verfolgen, oder wenn es ihre Bestrafung hindern würde. Indem dieses Ersuchen an die niederländische Regierung gerichtet wird, glauben die Mächte, dessen besonderen Charakter hervorheben zu müssen. Sie haben die Pflicht, die Ausführung des Artikels 227 sicherzustellen, ohne sich dabei durch ein Argument aufhalten zu lassen, weil es sich nicht nur um eine persönliche Anklage von gewöhnlichem juristischen Charakter, sondern auch um eine internationale Aktion handelt, die durch das Volksgewissen gebieterisch gefordert wird. Die vorgesehenen Rechtsnormen bieten mehr Garantie als das bisher geltende Recht. Die Mächte hegen die Ueberzeugung, daß Holland, das seine Achtung vor dem Recht und der Gerechtigkeit bewiesen hat und als eine der ersten Mächte im Völkerbunde einen Platz forderte, nicht durch seine moralische Autorität die Vergewaltigung der wesentlichsten Grundsätze der internationalen Solidarität der Nationen decken wollen wird, da es wie alle andern ein Interesse daran hat, die Rückkehr einer solchen Katastrophe zu verhindern. Die holländische Regierung wird in hohem Maße daran interessiert, nicht den Schein zu erwecken, als ob sie den Haupturheberbeschütze, indem sie ihm Zuflucht auf ihrem Gebiet gewähre, sondern den Anschein, daß sie das Gericht, das von Millionen von Stimmen von Opfern verlangt wird, erleichtert.

Clemenceau.

Was wird Holland tun?

Wenn man den Meldungen über die Stimmung in Holland glauben darf, so scheint es, als werde die holländische Regierung sich in der Auslieferungsfrage Wilhelms II. ganz auf den Rechtsstandpunkt stellen. Sie wird aller Voraussicht nach den Kaiser nicht ausliefern, da es keine Gesetze gibt, nach denen sie dazu gezwungen ist. Eine ausführliche Begründung dieses Standpunktes bringt gerade jetzt der Pariser „Intransigeant" nach einer Unterredung mit dem berühmten Rechtsgelehrten Edouard Clunet.

Clunet erklärt, er habe die Meinungen holländischer Juristen über die Auslieferungsfrage studiert. Artikel IV der holländischen Verfassung sichere allen, die sich auf holländischem Gebiet aufhalten, in jeglicher Weise den Schutz ihrer Person und ihrer Güter zu, stelle also die Einheimischen und die Fremden auf gleichen Fuß. Ein Auslieferungsgesuch könne also von der holländischen Regierung nur nach dem Gesetz und den Verträgen in Berücksichtigung gezogen werden. Erste Bedingung sei, daß das Delikt auf Grund dessen die Auslieferung verlangt werde, im Gesetz oder in den Verträgen angeführt sei, aber die im Artikel 227 des Friedensvertrags von Versailles angeführte Verletzung des internationalen Sittengesetzes und das Vergehen gegen die Heiligkeit der Verträge befänden sich nicht unter den in dem holländischen Gesetze und in den abgeschlossenen Verträgen aufgeführten Vergehen. Die Verfassung des Staates sei ein entschiedenes Hindernis, eine solche anormale Auslieferung etwa zum Gegenstand eines Gelegenheitsgesetzes zu machen. Es sei ferner als wahr erwiesen, daß man nicht wegen eines politischen Deliktes oder wegen eines ähnlichen Deliktes ausweise. Niemand könne bestraft werden auf Grund eines Gesetzes, das nach dem Begehen des Deliktes geschaffen worden sei. Das sei eines der Grundsätze der Menschenrechte. Dieses Prinzip werde als die Grundlage des Strafgesetzes der gesamten zivilisierten Welt betrachtet. Der bedeutende Rechtsgelehrte schließt, indem er erklärt, es sei vorauszusehen, daß sich die holländische Regierung hinter die Autorität bedeutender Rechtsgelehrter ihres Landes zurückziehen werde, um dem Schritt der Entente eine juristische Schranke entgegenzustellen.

So der Standpunkt Hollands. Die Alliierten rechnen selbstverständlich auch mit der Möglichkeit einer Weigerung Hollands. Zu erwarten ist zunächst, daß sie sich direkt mit einer

neuen Note an Deutschland

wenden, um unsre Regierung zu einem Schritt bei Holland zu veranlassen. Wie die folgende Meldung sagt, ist eine solche Note schon in Vorbereitung. Man scheint in Paris Eile zu haben, noch im Januar sollen die Verhandlungen des Alliierten-Gerichtshofes beginnen:

Genf, 20. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet am Sonntag früh, daß eine neue Note der Alliierten an Deutschland vor der Absendung stehe, die die Unterstützung der deutschen Regierung bei Holland in der Forderung nach Auslieferung Wilhelms II. beanspruchte.

Zürich, 20. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Secolo" aus Paris meldet, beginnt die Justizkommission der Alliierten für die Aburteilung der schuldigen Deutschen am 28. Januar ihre Sitzungen.

Wie sich die deutsche Regierung zu der ganzen Frage verhält, die in sich soviel Schwierigkeiten und bedrohliche Möglichkeiten enthält, geht aus einer Unterredung hervor, die der Reichskanzler Bauer mit einem Vertreter des „Journal de Presse" hatte. Er sagte dabei u. a., daß das deutsche Volk die Urheber von Verbrechen während des Krieges nicht ihrer Strafe entziehen will, daß es sich aber gegen die Auslieferung an Gerichte sträube, die aus früheren Feinden zusammengesetzt sind. Nach Empfang der Liste der auszuliefernden Personen wird die deutsche Regierung allen in der Liste Aufgeführten mitteilen, daß ihre Auslieferung verlangt wird. Sie werden Gelegenheit haben, sich den ausländischen Gerichten freiwillig zu stellen. Auf eine Zwischenfrage sagte der Reichskanzler, es könnte ein Bürgerkrieg entstehen, wenn einige der Angeklagten gewaltsam ausgeliefert werden müßten. Doch sei er überzeugt, daß durch ein Abkommen über die Einsetzung unabhängiger Gerichtshöfe die deutsche Oeffentlichkeit beruhigt werden könnte.

Ein englischer Gnadenakt?

Rotterdam, 20. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden: Der englische Ministerrat wird nach Rückkehr Lloyd Georges aus Paris zu dem Antrag des Justizministers Stellung nehmen, der die Begnadigung der deutschen Schuldigen bei der Versenkung der Scapa-Flow-Schiffe befürwortet.

Die Annäherung Englands an Rußland

England bemüht sich ernstlich, mit Rußland die wirtschaftlichen Beziehungen aufzunehmen, solange Deutschland noch vollkommen ausgeschaltet ist durch die Zwangsmaßnahmen [illegible]ente und durch seine wirtschaftliche Ohnmacht. Bezeichnend ist es, daß, wie der „Matin" meldet, Lloyd George selbst sich für die Anbahnung neuer Beziehungen zu Rußland einsetzt. Der „Matin" schreibt: „Auf die Berichte O'Gradys hin, die dieser über seine Besprechungen mit Litwinow in Kopenhagen übermittelte, beschloß Lloyd George, den Plan einer Verständigung mit Sowjetrußland auszuarbeiten. Der erste Schritt in dieser Richtung ist getan und besteht in der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen. Der Kriegszustand mit Sowjetrußland dauert bekanntlich weiter."

Zur Sicherung der Interessen der englischen Kaufleute wurde, wie „Evening Standard" mitteilt, vom Departement für den Außenhandel ein Plan für den Handel mit Rußland ausgearbeitet, nach dem die englische Regierung die englischen Kaufleute gegen die Gefahren des Handels mit Rußland versichern wird. Das englische Schatzamt hat zu diesem Zwecke 17 Millionen Pfund Sterling bereitgestellt. Nötigenfalls wird die Genehmigung für einen weiteren Kredit von 25 Millionen Pfund nachgesucht werden. — England geht also, wie immer, gleich recht großzügig ans Werk.

Für die deutschen Wirtschaftskreise und noch mehr für unsre Regierung muß dieser Versuch Englands, sich Rußland zu nähern, der Gegenstand größter Aufmerksamkeit sein, da unsre Zukunft stark von der Entwicklung der russischen Wirtschaftspolitik beeinflußt wird. Interessant ist auch für uns, was man in Frankreich über diesen Fall denkt. Saint-Brice sagt im „Journal" zu dem englischen Beschluß, die Handelsbeziehungen zu Rußland wieder aufzunehmen, auf der einen Seite wolle man gegen das Vordringen des Bolschewismus nach Osten militärische Maßnahmen ergreifen; das bedeute die Anwesenheit der englischen Minister und Militärs in Paris. Auf der andern Seite aber stimme der Oberste Rat der Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen mit Rußland zu. Diese beiden Maßnahmen widersprächen sich nur scheinbar. England suche, beunruhigt durch den Vormarsch der Roten Armee im Orient, nach dieser Seite eine Schranke aufzurichten. Zu gleicher Zeit aber öffne es das Sicherheitsventil im Westen; das sei sehr gut ausgeklügelt. Saint-Brice erklärt, er würde es gerne sehen, wenn die kontinentalen Gleichgewichtsinteressen Frankreichs nach dem gleichen Grundsatz behandelt würden. — Ein Wink für die französische Regierung, die Anbahnung wirtschaftlicher Beziehungen zu Deutschland in die Hand zu nehmen.

Die Intervention in Rußland

Rotterdam, 20. Januar. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet: Die Flotte der Alliierten ist aus den Dardanellen in das Schwarze Meer ausgelaufen. Gegenmaßnahmen zur Rückgewinnung Odessas sind eingeleitet. Sebastopol ist am Freitag von den Engländern und Franzosen zurückgenommen worden.

Radeks Abreise

Radek ist am 18. d. M., von deutschen Beamten begleitet, an der polnischen Grenze eingetroffen und hat von dort aus die Weiterreise nach Sowjet-Rußland angetreten. Mit der Rückgabe der für ihn von Sowjet-Rußland festgehaltenen Geiseln Franz Oletinow, Adolf Bethmann, Karl Mustat, Leo Schwandt, Max Schanz, Ottomar Heinke und Bruno Bertram kann demnächst gerechnet werden.

Der Kurs der Mark

Berlin, 20. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Genf wurde am letzten Sonnabend zum erstenmal die deutsche Reichsmark in Paris wieder offiziell notiert. Sie zeichnete den relativ hohen Stand von 22 Centimes.

Deutsche Anleihe in England?

Rotterdam, 20. Januar. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" will erfahren haben, daß deutsche Anleiheverhandlungen in England in Höhe von 400 Millionen Schilling in Schwebe seien.

Unser Verhältnis zu Italien

Zürich, 20. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Mailänder Handelskammer fordert in einer Kundgebung am letzten Freitag die italienischen Handelsfirmen auf, keine Schadenersatzansprüche an Deutschland zu stellen, um die Wiederanknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Italien und Deutschland zu erleichtern.

Die französische Vormundschaft

Havas meldet aus Rabat: Das „Journal officiel" des französischen Protektorats regelt durch ein Dekret die Handelsbeziehungen zwischen Marokko und Deutschland, in dem es vorschreibt, daß Waren deutschen Ursprungs oder von deutscher Herkunft einer Wertaxe von 10 oder 5 Prozent unterworfen seien, ferner, daß sie einer Spezialtaxe von 10 Prozent unterworfen würden, wenn sie direkt von Deutschland kämen, und einer Spezialtaxe von 5 Prozent, wenn sie durch Vermittlung nach Marokko gelangten.

Wie wir von unterrichteter Seite hören, unterliegt es noch der Prüfung, ob Frankreich zu einer Regelung der Handelsbeziehungen Deutschlands mit Französisch-Marokko auf Grund des Friedensvertrages berechtigt ist.

Verzögerung der Besetzung Oberschlesiens

Das Wolff-Bureau meldet: Da in den Transportvorbereitungen der zur Besetzung von Oberschlesien, Allenstein, Marienwerder, Memel und Danzig bestimmten Truppen der Alliierten Verzögerungen eingetreten sind, haben die Alliierten beantragt, die Besetzung der genannten Gebiete um fünf Tage hinauszuschieben. Trotz der zu erwartenden Schwierigkeiten hat die deutsche Regierung dem Antrag zugestimmt. Infolgedessen werden die alliierten Besatzungstruppen fünf Tage später als bisher angegeben in den Gebieten eintreffen, die deutschen Truppen fünf Tage später die Räumung ausführen.

Immer noch Uneinigkeit in Amerika

Amsterdam, 20. Januar. Die „Times" melden aus Washington, daß die zweite Konferenz der republikanischen und demokratischen Führer im Senat über den Friedensvertrag zu Ende gegangen ist, ohne daß es zu einem Ergebnis kam. Es gelang nicht, einen Ausgleich in der Frage des Vorbehalts zu Artikel 10 zu finden, und außerdem entstanden verschiedene andre Schwierigkeiten. Die Republikaner zeigten sich entschlossen, die Lodge-Resolution unverändert aufrechtzuerhalten. Die Blätter, die noch vor wenigen Tagen überzeugt waren, daß der Ausgleich unmittelbar bevorstehe, erklären jetzt, daß bis dahin noch viel Zeit vergehen werde.

Dorten macht sich interessant

ITA. **Köln**, 20. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet vom Rhein: Das sonderbündlerische Wiesbadener Zentrumsblatt, die „Rheinische Volkszeitung", macht durch Mitteilung einer ganz tollen Geschichte von sich reden. Es behauptet nicht mehr und nicht weniger, als daß die preußische Staatsregierung durch die preußische Polizeidirektion in Wiesbaden Dorten ermorden lassen wolle. Sie spricht von der Verhaftung mehrerer Polizeibeamten, die damit zusammenhänge, daß Polizeidirektor Thom durch geheime Agenten Leute habe anwerben lassen, die gegen gute Bezahlung auf Dorten und seine Mitarbeiter ein Attentat auszuüben bereit seien. Er habe auch einen bekannten Wiesbadener Kommunisten als geeignet bezeichnet bekommen und diesem mitgeteilt, die Berliner Regierung habe ihn beauftragt, Dorten und seine Leute aus dem Wege zu räumen. Die Regierung habe eine Million Mark als Belohnung ausgesetzt. Die Polizeidirektion habe dann diesem gedungenen Mörder Revolver und Gift ausgehändigt und Straffreiheit zugesichert. Der Kommunist habe auch schon jetzt erhebliche Summen ausgehändigt erhalten. Ein Brief des Kommunisten an die Polizeidirektion über diese Dinge sei der französischen Kriminalpolizei in die Hände gefallen, die dann sowohl die Waffen und das Gift in die Hände bekommen, als auch ein umfassendes Geständnis eines Kommissars erreicht habe. Auch der Name des schuldigen deutschen Ministers sei bekannt. Die „Rheinische Volkszeitung" versichert dann, daß sie auf ihre Erkundigungen sowohl die Verhaftung von drei Polizeibeamten als auch die Tatsache eines vollen Geständnisses bestätigt erhalten habe. Damit macht das Wiesbadener Blatt sich die Beschuldigungen seines Gewährsmannes zu eigen. Auf der Polizeidirektion wird jedoch auf das bestimmteste versichert, daß keine Verhaftungen und auch kein Geständnis erfolgt, daß darum die betreffende Nummer der „Rheinischen Volkszeitung" der Staatsanwaltschaft übergeben worden sei.

Eine Anfrage in dem zuständigen Ministerium des Innern hat ergeben, daß natürlich diese ganze Meldung, wie ja vorauszusehen war, eine lächerliche Erfindung ist. Es liegt überdies eine Nachricht aus Wiesbaden vor, daß der Polizeidirektor Thom zwar von den Franzosen auf einige Stunden festgenommen war, aber sofort wieder entlassen und auch in seinem Amt belassen ist, was sicherlich nicht geschehen wäre, wenn auch nur ein Teil dieser Behauptungen zuträfe. Man darf sich wundern, daß die „Rhein. Volksztg." es wagt, eine solche Räubergeschichte ihrem Publikum aufzutischen; sie scheint danach selber ihren Leserkreis nicht als lauterlich ernsthaft anzusehen.

Präsident Deschanel

Von unserm langjährigen Pariser Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die Wahl des bisherigen Kammerpräsidenten Paul Deschanel zum Staatsoberhaupt der französischen Republik könnte von den Pariser Chronisten, die an Gambettas Wort von der „immanenten Gerechtigkeit" glauben, als Beweis dafür hingestellt werden, daß Herr Poincaré, der „Siegespräsident", in der letzten Stunde seines elysäischen Amtes das Walten der „justice immanente" zu fühlen bekam. Paul Deschanel, der in Frankreichs innerpolitischem Leben stets die vornehme Zurückhaltung eines geborenen „Präsidenten von Frankreich" zeigte, hatte eigentlich nur einen offenen Widersacher vor dem Kriege: Raymond Poincaré. Der heute ausscheidende Präsident kam aus dem Senat, wo er eigentlich eine zweitklassige Rolle spielte, an den großen Debatten über außenpolitische Fragen einen bescheidenen Anteil nahm. Deschanel verstand es dagegen, die Tradition des über den Parteien stehenden, doch außerordentlich aktiven Staatsmannes in Ehren zu erhalten; Sohn eines unter Napoleon III. verbannten Republikaners, pochte er auf seine unverbrüchliche republikanische Gesinnung und vermochte in krisenhaften Zeiten der inneren und auswärtigen Politik seine Stimme zu erheben. Bei Poincaré war es anders. Er wurde von Aristide Briand im Jahre 1911 dem etwas widerspenstigen Papa Fallières als Ministerpräsident aufgezwungen und übernahm die Leitung der französischen Außenpolitik als ein homo novus, an der Schwelle des ersten Balkankrieges. Die Eingeweihten mußten freilich genau wissen, welche Ziele und Gesichtspunkte der Senator Poincaré als verantwortlicher Leiter der Regierung vertrat.

Auf dem Wege von der „place Beauveau", wo der Sitz des jeweiligen Ministerpräsidenten ist, zu dem benachbarten elysäischen Palaste, der prächtigen Behausung des Präsidenten der Republik, stellte sich dem von Briand „empfohlenen" Kandidaten Poincaré im Februar 1913 der Kammerpräsident Paul Deschanel entgegen. Die damalige Wahlkampagne kennzeichnete sich durch das Aufwühlen bedenklicher Streitereien und Boudoirgeschichten. Der „Eclair" rühmte die vornehme Familie Deschanel und stellte ihr den auf krummen Wegen hochgekommenen Poincaré (mit seiner damals noch „ungetrauten" Frau) gegenüber. Das Blatt brachte ein Bild der Frau Deschanel, Tochter des Gouverneurs der französischen Staatsbank, Vallain. „So muß eine Präsidentin aussehen, die vor Königen erscheinen kann", schrieb der „Eclair". Der Gegenhieb der Poincaré-Zeitungen, namentlich des „Figaro", war noch ärger: Herr Deschanel hat ein armes Mädchen mit zwei Kindern verlassen und Fräulein Vallain geheiratet. Herr Poincaré ist ein Ehrenmann ... So bewarfen sich die beiden Akademiker — Poincaré und Deschanel sind „Unsterbliche" — im Kampfe ums Elysee mit schmutzigen Skandalgeschichten. Am Wahltage in Versailles ging es schlimm zu. Als der Sieg Poincarés bekanntgegeben wurde, rief Frau Deschanel von der Galerie das Wort: „Poincaré?! C'est la guerre!" in den Saal. Schimpfrufe erfüllten die überhitzte Luft. Der Einzug Poincarés in Paris wurde von dem Regisseur Briand gut arrangiert, aber in den politischen Kreisen dauerte die Spannung fort. Vier Monate lang wich der Kammerpräsident Deschanel dem neuen Staatschef aus. Bis endlich — bei einem von Briand veranstalteten Abendessen — eine Zusammenkunft zwischen beiden zustande kam. Und auch nachher wurde Frau Poincaré von Frau Deschanel noch „geschnitten".

Paris vergißt schnell und gerne, um für neue Sensationen Raum zu schaffen. Das Duell Poincaré—Deschanel gehört einer Vergangenheit an, die von der Gegenwart gewaltig absticht. Es ist wahrscheinlich, daß Paul Deschanel, dem eigentlich die Eigenschaften einer Kampfnatur fehlen, in der kommenden innerpolitischen Entwicklung Frankreichs ausschließlich die Rolle des vermittelnden und nach Beschwichtigung der Gegensätze strebenden Staatsoberhauptes spielen, weniger aber die Aufgabe erfüllen wird, die sich der zähe, willenskräftige Poincaré während seiner Amtszeit, vor und während des Krieges, stellte: die geistige Führung der Gesamtpolitik Frankreichs. Deschanel ist auf allen Gebieten gut beschlagen, aber ein Theoretiker. Er schrieb Bücher über Kolonialfragen, über Sozialismus, über die Erziehung der Jugend, über die „Erhaltung des europäischen Gleichgewichts" (mit Hilfe der einstigen französisch-russischen Allianz), über die Flotte; er saß in den verschiedensten Kommissionen, verteilte Tugendpreise, beteiligte sich an Universitätsfestlichkeiten — und überall sprach er schön und fein, in einem akademischen Französisch, mit vornehmer Geste, die er, wie sein einstiger Freund Jean Jaurès (mit dem er, vor dem Rucke Jaurès nach der äußersten Linken, im Lager der gemäßigten Republikaner saß), bei dem Schauspieler des Théâtre Français Mounet-Sully erlernte. Wenn Deschanel in der Kammer eine Rede hielt, lauschte die Bourgeoisie Frankreichs andächtig den feingeschliffenen Perioden, den eleganten, espritreichen Kritiken, die der asiatische, in der Diplomatenschule der Republik erzogene Deputierte etwas herablassend den „Männern aus dem Volke" zuteil werden ließ. Praktische Schulung im parlamentarischen Treiben Frankreichs fehlte aber, seit jeher dem Liebling der Bourgeoisie; und Deschanel kam so weit, daß er aus dieser Not eine Tugend machte. Da sein Wahlkreis im Eure-Departement, ein Bezirk der Gutsbesitzer, fest zu ihm hielt, bedurfte es niemals blutiger Nebelschlachten bei den Neuwahlen.

So mag sich jeder französische Bourgeois an dem Einzuge Deschanels ins Elysee freuen, aber gleichzeitig sagen, daß die großen politischen Entschlüsse außerhalb des Präsidentenpalastes fallen werden, daß die Kammerkämpfe nicht mehr, wie unter Poincaré, dem geheimnisvollen Einflusse eines Mannes unterliegen werden. Es ist für Deschanel ein schwerer Posten. Schiedsrichter im Par-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200121/1